

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 63 (1990)

Heft: 5

Artikel: Mehrsprachige Schweiz - einsprachige Schweizer

Autor: Kamber, Markus

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-852348>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verständigungsschwierigkeiten über
die Sprachgrenzen hinweg

Mehrsprachige Schweiz – einsprachige Schweizer

Markus Kamber

Schweizer Schülerinnen und Schüler wenden in der Schule und bei den Hausaufgaben recht viel Zeit für das Erlernen der zweiten Landessprache auf. Was für den praktischen Alltag nach dieser Mühe übrigbleibt, ist indessen sehr bescheiden. Ganz offensichtlich sind die erworbenen Kenntnisse schlecht geeignet, die Hemmschwellen zu überwinden, um sich der zweiten Landessprache tatsächlich auch zu bedienen.

Franz Andres, Koordinator der Projektgruppe «Unterrichtssprache französisch/deutsch» der Akademischen Kommission an der Universität Bern führt die wenig ermutigenden Ergebnisse im wesentlichen auf drei Problembereiche zurück (vgl. Schulunterricht in einer zweiten Landessprache, NZZ vom 18. 1. 1990):

Mangelnde Förderung der Zweisprachigkeit

Die Schweiz ist zwar mehrsprachig, was in Art. 116 der Bundesverfassung auch verbrieft ist, jedoch sind die staatlichen Anstrengungen zur Sicherung dieses Bildes ungenügend. Die Schule ist lediglich verpflichtet, als erste Fremdsprache eine Nationalsprache einzuführen. Sie wird zudem bei der Maturität als Hauptfach geprüft. Weitergehende Massnahmen zur öffentlichen Förderung der Zweisprachigkeit fehlen jedoch.

Ohne Kontakte keine Konflikte

Die moderne Zeit mit der zunehmenden Mobilität hat Sprachkontakte mit sich gebracht, die bis vor wenigen Jahrzehnten noch weitgehend fehlten. Deshalb ist die Sprachenproblematik erst jetzt akut geworden. Die elektronischen Massenmedien haben zu dieser Aktualisierung eines bisher weitgehend schlummernden Problems beigetragen. Nun ist das sprachliche Defizit augenfällig geworden.

Sprachliche Minderheiten

Sprachliche Minderheiten waren schon immer gezwungen, sich einer zweiten Landessprache zu bedienen. Mit andern Worten: für sprachliche Minderheiten stellt die Zwei- oder

Mehrsprachigkeit eine Notwendigkeit dar, währenddem sich die Mehrheiten mit der Einsprachigkeit begnügen können.

Eine vierte Erklärung

In ihrer Kritik am Modell «Schulunterricht in einer zweiten Landessprache» unterstreicht die Beratungsstelle für inhaltsbezogene Sprachschulung, dass sich eine graduelle Verständigungsschwierigkeit für die Welschschweizer mit der «Dialektwelle» in der deutschen Schweiz anzeige. Die Pflege des Dialekts sei Ausdruck einer Sprachpolitik politischer Kreise der Deutschschweiz, die zu einer merkbaren und vorläufig noch weiter fortschreitenden Erschwerung der Verständigungsfähigkeit in der muttersprachlichen Hochsprache der Deutschschweizer geführt habe. Da in den welschen Schulen als Fremdsprache allein deutsche Sprache gelehrt wird, sei die gegenseitige Verkümmernung programmiert. Mit Hinweisen will die Beratungsstelle für inhaltsbezogene Sprachschulung nicht etwa den Schulunterricht in einer zweiten Landessprache unterstützen, sondern unterstreichen, dass die mangelnde kulturelle Appetenz für die andersartigen Volksgruppen tieferer Grund für die Sprachschwierigkeiten seien. Auch wenn diese Begründung einleuchten mag, sie allein genügt nicht für das Festhalten an den bisherigen Formen des Erlernens einer Fremdsprache. Wir sind zwar der Meinung, dass sowohl der mündliche als

auch der schriftliche Umgang mit einer Sprache beherrscht werden sollten, deswegen jedoch aus kulturenthropologischen Überlegungen beispielsweise gegen Immersionsmodelle anzurennen, weil sie der Ausbildung und Festigung der eigenen kulturellen Identität und dem Heimatgefühl der Schüler zuwiderlaufen, scheint doch mit dem Rücken gegen die Wand um die Zukunft gekämpft.

Eine Arbeitsgruppe des EDI hat letzten Sommer unter dem Titel «Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz» einen Bericht vorgestellt, der ein düsteres Bild zeichnet und Massnahmen zur besseren Sprachverständigung fordert, denn ausser der Vorverlegung des Unterrichts der zweiten Landessprache auf das vierte oder fünfte Schuljahr sei zur Verbesserung der Sprachverständigung nichts geschehen.

Der Schüler im Sprachbad

Im Zentrum der Vorschläge der Projektgruppe der Universität Bern steht die Einführung des Schulunterrichts in einer zweiten Landessprache. Ausgangspunkt des Modells sind die kanadischen French-Immersion-Programme. In der Immersion wird die Zielsprache nicht nur im Fremdsprachenunterricht erteilt, sondern dient als Unterrichtssprache auch im Sachunterricht. Dadurch sprechen und hören die Schüler während viel längerer Zeit die zweite Landessprache, deren Anwendungsbereich wesentlich und in einem praktischen Umfeld erweitert wird.

Einfachere Alternativen

Die Projektgruppe kam im Laufe ihrer Arbeit zum Schluss, dass Immersion zwar ein möglicherweise interessantes Fernziel, jedoch keineswegs die einzige und am einfachsten realisierbare Möglichkeit für zweisprachigen Unterricht darstelle. Vorzuziehen wäre nach ihrer Meinung ein System, das sich über die ganze Schul- und Ausbildungszeit hinweg Möglichkeiten für ein effizienteres Erlernen einer zweiten Landessprache biete. Ein Spektrum von Angeboten zweisprachiger Ausbildung könnte folgendermassen aussehen, wobei die Projektgruppe betont, dass diese Programme freiwillig sein müssten:

- Zweisprachige Kinderkrippen/Kindergärten für die fremdsprachliche Frühförderung, vor allem in Sprachgrenzgebieten oder in Ballungszentren.
- Immersionsschulen nach kanadischem Muster, wobei diese Möglichkeit die Durchlässigkeit zur normalen Volksschule erlauben müssten. Sie dürften im übrigen wahrscheinlich auch eher in Ballungszentren zur Verfügung stehen.
- Austausch von Halbklassen, damit nicht nur die Lehrkraft die Unterrichtssprache bestimmt, sondern die kommunikative Motivation auch aus den Reihen der Schülerinnen und Schüler kommt und so über den Rahmen des Unterrichts und des Klassenzimmers hinausgeht.

- Sachunterricht in einer zweiten Landessprache, beispielsweise Geschichte, Geographie usw. auf Sekundarschulstufe 1 und 2. Hier böte sich gesamtschweizerisch eine Möglichkeit, den Maturitätstypus D (neusprachlich) aufzuwerten. Ein fremdsprachliches zehntes Schuljahr in ähnlicher Form, wie es bereits im Kanton Freiburg praktiziert wird, aber auf die ganze Schweiz ausgedehnt.
- Berufslehren in einem anderen Sprachgebiet, wie bereits von der CH-Stiftung für Jugendaustausch angeboten, vor allem für Lehrlinge im Sprachgrenzgebiet, aber auch in gesamtschweizerisch tätigen Unternehmen.
- Zweisprachige Mittelschulen mit zweisprachigem Abschluss nach dem Schema der deutschen und französischen zweisprachigen Gymnasien. Hier wird allerdings eine Anpassung der Maturitätsanerkennungsverordnung notwendig sein, die bis anhin keine zweisprachige Maturität vorsieht. Auch hier bestände die Möglichkeit, den Typus D aufzuwerten.

Zu einer Untersuchung über Landes- und Fremdsprachen in der Schweizerischen Wirtschaft. Anforderungen an das Kader mit Hochschulabschluss 1988 HWV Luzern.